

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-D
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint
jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O 34, Memeler Str. 8-D (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, viertelj. 6 M. Anzeigenpreis für die achtspaltene Vorgängzelle 2 M.

Nummer 9

Berlin, den 26. Februar 1932

44. Jahrgang

Schafft Arbeit!

Problem der Arbeitsbeschaffung des Bundesauschusses — Einberufung eines Krisenkongresses

Am 15. und 16. Februar 1932 befaßte sich der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der wichtigen Frage der Arbeitsbeschaffung. Der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Eggeri vom

ADGB, legte in einem sachlichen Referat die Notwendigkeit einer Arbeitsbeschaffung dar. An das Referat schloß sich eine ebenso sachliche Aussprache an. Es wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

Die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer aufgelegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewalttätige Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz der Produktion ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsabumpfung des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Proz. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspol-

itik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch die Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Befestigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften betonen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Wirtschaftskrise durch eine aktive Arztpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnung muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

4. Ausschusssitzung des ADGB.

Am Montag, dem 15. Februar, trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 4. Tagung zusammen.

Leipart eröffnete die Verhandlungen mit herzlichsten Worten des Bedenkens über den langjährigen Kassierer der Generalkommission und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube, der im vergangenen Monat aus dem Leben geschieden ist. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen.

Tätigkeitsbericht.

Sodann erstattete Leipart Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate, aus dem wir nur einige Punkte herausgreifen. Insbesondere kritisierte er die ungeschickliche Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Der Bundesvorstand hat bekanntlich gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckt, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschieden Verwahrung eingelegt und die schleunige Durchführung dieser von den Gewerkschaften nach wie vor vertretenen Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipart erläuterte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“ steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits geleistet worden sind und daß die wirtschaftliche Not-

lage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte, um so mehr, als die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für die letzte Reparationsregelung sich inzwischen so verschoben haben, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen widersinnig wäre, an ihr festzuhalten. Die

Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Weitere Einzelheiten aus der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurden von Spliedt, Schlimme und Gertrud Hanna vorgetragen.

Schlimme berichtete über Steuerfragen. Vom 10. Februar 1932 an wird in der Ber-

pflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Weitergehende Forderungen dahingehend, daß alle lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiter verfolgt. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen.

Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des ADGB-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Wertpartakassen ausgearbeitet, der dem Reichstage zugeleitet worden ist.

Spliedt berichtete über das Krümpersystem, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat. Auch die Reichskonferenz der Bergarbeiter hat sich dafür ausgesprochen, da die Bergarbeiter im Waldenburger Revier mit dieser Regelung günstige Erfahrungen gemacht haben. Der Holzarbeiter-Verband hat sich im gleichen Sinne geäußert, wenn auch für seinen Bereich die Einführung dieses Systems nur in kleinerem Maßstabe in Frage kommt. Zwei Verbände haben Bedenken geäußert und seine Durchführung abgelehnt. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung seitens der Verbände. Eine einheitliche Stellungnahme der Verbände wäre vielleicht wünschenswert; sie wird aber praktisch kaum möglich sein.

Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein.

Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt. Es war notwendig, in dieser Zeit unumkehrbar als die Meinung der deutschen Gewerkschaften auszusprechen, daß die Reparationslasten den Lebenspielraum der deutschen Arbeiterschaft



Niedrige Löhne, schwache Kaufkraft,



starker Rückgang dergesamten Produktion!

in weitgehendem Maße einschränken und daß ihre Fortdauer der Wiederbelebung der Wirtschaft hindernd im Wege steht. Insofern gehören die Reparationen auch zu den Ursachen der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, um so mehr, als nicht zuletzt auf diese politischen Zustände und ihre Wirkungen die Schwüngen des Vertrauens innerhalb der Weltwirtschaft und in ihrer Folge die schwere Erschütterung des Kreditwesens zurückzuführen sind.

Am Schluß der Debatte stellt Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeiterfüllung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Die Gewerkschaften sind auch nur insoweit Befürworter des Kräfteprinzips, als bei der Anwendung desselben Rücksicht auf die Eigenart der Berufszweige und Betriebe genommen wird. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der Vierzigstundenswoche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Ueberzeugung beherrschte die weiteren Verhandlungen des Bundesauschusses, die der stellvertretende Vorsitzende des A.O.B., Eggert, mit einer kurzen Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

Beigdem Deutschland, so klärt er aus, sich während des Jahres 1931 mit einem Umsatzerückgang von 27 Milliarden Reichsmark im Außenhandel überaus günstig behauptet hat, ist sein Arbeitslosenstand auf über 6 Millionen gewachsen. Er ist Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12 Proz. im Jahre 1929 auf 9 Proz. im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt der Welt im eigenen Land, die Kaufkraft der breiten Massen und nachschmelzfähig hierfür zum Vorrang erheben, als im Durchschnitt der letzten Jahre. Von diesem Verlust sind 50 bis 60 Prozent der Gesamtproduktion betroffen. Um hierüber mit der Zusammenfassung des Gesamtwerks und die Bauwirtschaft.

In der ersten Januarwoche 1932 waren nur noch 143 Tausend Mitglieder des Deutschen Bauernbundes, das im Jahre 1931 gegenüber 323 Tausend im Jahre 1931 und 443 Tausend im Jahre 1930.

Dieser unheimliche und scheinbar unübersehbare Verfall der wirtschaftlichen Kräfte dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen gezeitigt, in deren zeitlicher Folge sich die einzelnen Phasen des Krisenablaufs widerspiegeln. Im Anfang der Krise stand die Idee im Vordergrund, die geschrumpfte Arbeit auf möglichst große Arbeitermassen zu verteilen. Der Bankbruch im Sommer 1931 führte zu Vorschlägen für die Reform des Kredit- und Währungssystems. In der letzten Zeit beherrschten angesichts der immer noch wachsenden Arbeitslosenzahlen die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung das Feld der öffentlichen Diskussion.

An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesauschuss im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhabene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeiterfüllung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist.

Auch die vom Bundesauschuss im Dezember 1930 erhabene Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

Eggert besprach dann die Pläne über Doppelwährung und Siedlungsprojekte, sowie die der internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Bogdanoff stehen und sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen. Sie muß mit größtem Nachdruck beschleunigt werden.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abrüstung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltpolitische Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Pfundkrise 22 Länder sich der Verpflichtung entledigt haben, ihre Noten im Lande in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Bewirtschaftung der Devisen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von anderen Ländern erhebliche Zollherabsetzungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Löcherbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, sichtbar zu mildern. Die Gewerkschaften er-

heben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insbesondere die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank, in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff nehmen.

Leipart fasste die Ausführungen Eggerts in einem

Appell an den Bundesauschuss

zusammen, in dem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte er, geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weiße Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuscheuchen. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesauschuss seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein

Krisenkongreß

muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterkassen unerträglich engte. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung

Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die Vierte und, wie es hieß, letzte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krisenkongreß zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichstanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. (Bericht wird fortgesetzt)

Politische Wochenschau

Kandidatur Hindenburg.

Der Reichspräsident Hindenburg hat dem von dem Oberbürgermeister Sahn gebildeten Ausschuss die Zustimmung gegeben, daß seine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt werden solle. Der Termin für die Präsidentenwahl wird vom Reichstag bestimmt werden, der am 23. Februar zu einer kurzen Tagung zusammentritt. Für den ersten Wahlgang schlägt die Regierung den 13. März, für einen etwa erforderlichen zweiten Wahlgang den 10. April vor.

Die Suche nach dem Rechtskandidaten.

Die Sozialdemokratie hat ihre Entscheidung zur Präsidentenwahl noch nicht gefällt. Sie wird voraussichtlich ihre Stellungnahme erst in der Woche der Reichstagsverhandlungen bekanntgeben. So viel ist aber sicher, daß die Präsidentenwahl im Zeichen des schärfsten Kampfes gegen den Faschismus stehen wird. Inzwischen ist die Harzburger Front noch immer auf der Suche nach einem Kandidaten. Die Nationalsozialisten wollen Herrn Hitler aufstellen, der durch eine Schiebung zum Professor in Braunschweig und damit zum deutschen Staatsbürger gemacht werden soll. Zugleich verlangen sie von den Deutschnationalen und vom Stahlhelm, daß sie sich vorbehaltlos unter das nationalsozialistische Kommando stellen. Die anderen Teile der Harzburger Front sind dadurch in eine üble Lage gekommen. Unterwerfen sie sich Hitler, so ist es für immer mit ihrer Herrlichkeit vorbei. Gehen sie aber selbständig vor, so müssen sie befürchten, daß sie bei der Wahl von den Hakenkreuzlern ebenso ausgerieben werden, wie die anderen bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum. Herr Hugenberg, der deutschnationale Parteiführer, versucht es deshalb mit einem neuen Manöver. In einer Sitzung der leitenden Körperschaften wurde der Prinz Oskar von Hohenzollern, einer der Söhne Wilhelms, feierlich in den deutschnationalen Parteivorstand eingeführt. Offenbar soll das der Kandidat der Harzburger Front werden. Hugenberg hofft wahrscheinlich, daß Hindenburg vor dem Hohenzollernprinzen zurücktreten und daß auch Hitler auf eine eigene Kandidatur verzichten werde. Der Arbeiterschaft kann es nur recht sein, wenn durch die Aufstellung des Hohenzollernprinzen vor aller Welt gezeigt wird, welches das Ziel der Reaktion ist: der Faschismus unter Hohenzollernfirma!

Für Arbeitsbeschaffung!

Die Gewerkschaften bereiten ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm vor. Auf einem Teilgebiet hat inzwischen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Vorstoß zu demselben Zwecke unternommen. Sie brachte zwei Gesetzentwürfe ein, die die Förderung des Kleinwohnungsbauens sowie die Umgestaltung der Hauszinssteuer zum Inhalt haben. Es wird davon ausge-

Hohe Löhne, starke Kaufkraft,



größte Leistungssteigerung und Verwertung der Produktion!

Frage und Antwort

Sind die Gewerkschaften schuld an der Politik der Notverordnungen?

Die Werte Notverordnung zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 hat, wie zu erwarten war, zu großer Beunruhigung in allen Kreisen der Bevölkerung geführt. Besonders schwer wurde die Arbeiterschaft betroffen, die sich einen erheblichen Lohnabbau auf dem Verordnungswege gefallen lassen mußte. Als Trost versprach man wohl eine baldige Preisentfaltung, die einen weiteren Kaufkraftverfall verhindern sollte. Dies ist nach den gemachten Erfahrungen eine ziemlich problematische Angelegenheit. Die Arbeiterschaft, die schon so unendlich viele und große Opfer in der Krise bringen mußte, ist in ihrer Lebenshaltung aufs neue erheblich getroffen und droht im Glend zu versinken. Das hatte den Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der Erklärung veranlaßt, daß die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltsenkung, ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preisentfaltung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ablehnen.

Diese Erklärung ist den Arbeitgebern scheinbar stark auf die Nerven gefallen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ beschäftigte sich vor kurzem in einem Artikel „Vom Tage“ mit dieser Erklärung und schließt daran längere Ausführungen über die Politik der Gewerkschaften in den letzten Jahren. Diese Politik habe nach dem „Arbeitgeber“ die Ursachen zur gegenwärtigen Krise geliefert und trage die Hauptschuld daran, daß man heute nicht anders als mit Notverordnungen regieren könne.

Man ist ja in Gewerkschaftskreisen allerhand gewöhnt und kennt die sturen, nur auf persönliche Vorteile gerichteten Ansichten eines großen Teils der Unternehmer genau, die in Ermangelung eines Gemeinheitswillens nur ihren privategoistischen Standpunkt vertreten. Was kümmert diese Leute die ständig zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse. Für sie ist der Arbeiter nichts weiter als ein Ausbeutungsobjekt. Daß der Arbeitslose des schaffenden Menschen nicht nur eine Unkostenfelle, sondern auch eine Kaufkraftfelle hat, und Kaufkraftkrumpfung krisenverschärfend wirkt, scheint man nicht zu wissen. Der Artikelschreiber verweigert sich zu den nachfolgenden Behauptungen:

„In einem tieferen Sinne tragen aber gerade die Gewerkschaften mit an der Verantwortung für diese Notverordnung und den Staatssozialismus ihrer Maßnahmen. Ohne die gewerkschaftliche Politik der letzten Jahre und die von ihr und den ihr nahestehenden Parteien stark beeinflusste Sozial- und Steuerpolitik des Staates wäre wahrscheinlich diese Notverordnung mit ihren scharfen Eingriffen in deutsches Leben, mit ihren schlagartigen Abbaumaßnahmen nicht nötig gewesen.“

So ganz sicher ist also auch der Artikelschreiber nicht, sonst hätte er nicht das Wort „wahrscheinlich“ in das Satzgefüge eingebaut. Indirekt gibt er zu, daß es wahrscheinlich

auch anders sein könnte. Er vergißt, daß die gesteigerten Soziallasten in den letzten Jahren zwangsläufig aus den Folgen des großen Massenmordens (sprich Weltkrieg), erstehen mußten. Weitere Steigerungen der sozialen Lasten ergaben sich ebenso zwangsläufig aus der Entwicklung, die unsere Industrie in den letzten Jahren genommen hat. Konzentration folgte auf Konzentration. Durch Ueberkonzentration wurden bei steigenden Produktionsmengen Millionen Arbeitskräfte schuldlos freigesetzt und die Lasten geschaffen, daß selbst bei steigender Konjunktur ein Riesenerwerblosen in Betracht gezogen werden muß. Will man diese schuldlosen Opfer des kapitalistischen Systems verhungern lassen?

Der Artikelschreiber spricht dann weiter von kapitalfeindlicher Steuerpolitik und gleichzeitig wirft er der Regierung vor, daß sie es gewagt hätte, in den freien Kapitalmarkt einzugreifen. Er verliert kein Wort über das Kapitel Kapitalflucht, durch das Milliarden deutscher Unternehmer den Weg ins Ausland fanden, um der Steuergewalt des Deutschen Reiches zu entgehen. Schließlich ließe sich die Frage aufwerfen: Haben wir denn überhaupt noch einen freien Kapitalmarkt? Ist nicht längst durch die internationale Verflechtung unserer Wirtschaft auch der Kapitalmarkt international gebunden?

Wenn man den Artikel aufmerksam überprüft, dann kommt man zu dem Schluß, daß der Verfasser entweder die Entwicklung, die unsere Wirtschaft in den letzten Jahren genommen hat, nicht kennt, oder aber, und das wäre allerhand, diese Dinge böswillig verdreht. Besonders haben es ihm die angeblich zu hohen Löhne angetan. Deutschland wäre ein billiges Land ohne die Anturbelung eines Wohlfahrts- und Subventionsstaates geblieben. Dann wären auch die Preise krisenempfindlicher und dem Weltmarkt angepaßt und es gäbe heute kein Preisentwertungsproblem und keine Preisabbauphase.

Was die Subventionen anbetrifft, so muß man sagen: wer hat denn bisher Subventionen empfangen? Doch wohl nie die Arbeiter, sondern im Gegenteil die Arbeitgeberkreise, wenn sie durch irgendwelche Umstände in Schwierigkeiten gerieten. Dann rief man gewöhnlich auch nach der Hilfe des Staates, dem man sonst talte Sozialisierung vorwirft.

Es ist für uns selbstverständlich, daß wir das Lebensniveau der arbeitenden Klasse wieder auf ein menschenwürdiges Maß heben werden. Wenn wir die furchtbarste Krise seit Bestehen der modernen Wirtschaft überwinden wollen, dann können wir dies nur, wenn auch der Arbeiter als vollwertiger Faktor in der Wirtschaft gewürdigt wird.

Den Gewerkschaften erwachsen aus diesen Tatsachen Aufgaben von großem Ausmaß. W. Jth., Düsseldorf.

gangen, daß die Lage des Baumarktes sich außerordentlich verschlechtert hat und in den kommenden Monaten zur völligen Katastrophe zu führen droht, weil öffentliche Mittel für den Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung stehen. Um solche Mittel wieder freizumachen, wird gefordert, daß die Hauszinssteuer in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden soll. Durch möglichst genaue Anpassung an den Kapitalgewinn, den die Hausbesitzer durch die Inflation gemacht haben, soll ein höherer Ertrag als bei der Hauszinssteuer erzielt werden. Da aber die auf diese Weise zu beschaffenden Mittel für den Wohnungsbau nicht ausreichen, so verlangen die sozialdemokratischen Gehehntwürfe außerdem die Auflegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung. Durch diese Anleihe soll das in großem Umfange gehamferte Bargeld hervorgeholt und wieder der Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

Groeners Doppelrolle.

Der Reichswehrminister Groener, der zugleich Innenminister ist, hatte in einem Erlaß die Zulassung der Hakenkreuzler zur Reichswehr verfügt und dabei in beleidigender Weise das Reichsbanner mit den Urhebern der Bogheimer Gewaltdokumente gleichgestellt. Herr Groener selbst wie

auch Reichkanzler Brüning haben früher öffentlich erklärt, daß die Legalitätsbeteuerungen des Herrn Hitler über die illegalen Absichten der Nationalsozialistischen Partei nicht hinwegtäuschen könnten. Wenn also die Regierung nicht den Willen hat, die faschistischen Banden von den Einrichtungen des Staates fernzuhalten, so wird die Eiserne Front der Arbeiterschaft mit verstärkter Kraft den Kampf gegen den Faschismus führen müssen.

Regierungsurz in Frankreich.

Das französische Kabinett Laval hat seinen Rücktritt erklären müssen. Der Sturz des Kabinetts erfolgte durch eine Linksmehrheit. Laval hatte sich in der letzten Zeit immer deutlicher auf die Rechtsparteien gestützt. Bei zahlreichen Einzelwahlen hatte sich aber gezeigt, daß das französische Volk diese Entwicklung nicht mitmachen wolle, sondern einen entschiedenen Linkskurs verlange. Um bei den bevorstehenden Wahlen eine Niederlage zu verhindern, sollte das Wahlrecht so geändert werden, daß es für die Rechtsparteien vorteilhafter als das bisherige sei. Die Linksmehrheit in der Kammer hatte dem Gesetzesentwurf auch schon zugestimmt, der Senat dagegen, der eine Linksmehrheit hat, lehnte die Verhandlungen über die Vorlage ab.

Sabotage der Sozialversicherung?

Massenunterschlagung von Beiträgen

„Der Textil-Arbeiter“ hat wiederholt über Unterschlagungen von Versicherungsbeiträgen berichtet, die im sächsischen Wirtreiegebiet jetzt an der Tagesordnung sind. Ueber die Höhe der Summen, die von sächsischen Unternehmern abgeführt worden sind, erfährt man jetzt etwas aus einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Arndt, die er in einer der letzten Sitzungen des sächsischen Landtages hielt. Er führte u. a. aus:

„Durch die Wirtschaftskrise sind die Sozialversicherungsträger stark in Mitleidenschaft gezogen. Wie die Landesversicherungsanstalt durch ihre Kontrollorgane hat feststellen lassen, betragen im Jahre 1931

die Beitragsrückstände allein bei dieser Anstalt 3264811 Mark, von denen mehr als zwei Millionen Mark nicht beigetrieben sind.

Die wahren Rückstände sind aber noch um ein Mehrfaches höher, da sich die Kontrolle nur auf einen Teil der Versicherung erstreckt hat. Bei der Ortskrankenkasse Dresden sind Beitragsrückstände in 38000 Fällen und in einer Höhe von 2½ Millionen Mark festgestellt worden. Diese Beitragsrückstellungen sind aber nicht bloß eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern beweisen gleichzeitig die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit, mit der zahlreiche Arbeitgeber die Versicherungsansprüche ihrer Arbeiter aufs Spiel setzen.

Es handelt sich dabei um eine glatte Unterschlagung zum Nachteil der Versicherung und der Versicherten.

Bedauerlicherweise versagt die Justiz bei der Verfolgung unsauberer Manipulationen der Unternehmer. Viele Unternehmer sind mit drei Mark Strafe weggekommen, obgleich sie Hunderttausende von Mark an Beiträgen unterschlagen haben. Da die Unterstützungsleistung in der Rentenversicherung nach der Zahl der tatsächlich abgeführten Beiträge bemessen wird und die Beitragsrückstellung sogar einen Verlust der Antwarschaft zur Folge haben kann, werden dadurch auch die Rechte der Versicherten in der äußersten Weise ge-

fährdet. Eine weitere Gefährdung erwerbender Rechte entsteht den Versicherten bei langer Arbeitslosigkeit. Die Gefährdung der Antwarschaft tritt aber bei den Wohlfahrts-erwerblosen in noch viel stärkerem Maße ein als bei den Mu- und Krü-Empfängern.“

In Interesse der Versicherten und zum Zwecke einer besseren Beitragsbeitreibung hat die sozialdemokratische Fraktion einen zweckentsprechenden Antrag eingebracht.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht?

Am 31. Januar zählte man in Deutschland 6041 000 Arbeitslose. Gegenüber dem 15. Januar ist ein Zustrom von rund 75 000 zu verzeichnen. Während der letzten Berichtsperiode konnte noch eine Zunahme von rund 300 000 verbucht werden. Der Zustrom der Arbeitslosigkeit hat sich also erheblich verlangsamt. Vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1931 betrug die Zunahme 6 Proz., vom 1. bis zum 15. Januar 1932 5,3 Proz. In der zweiten Januarhälfte ist eine Zunahme von 1,3 Proz. zu verzeichnen. Damit hatte die Zahl der Arbeitslosen die Sechsmillionengrenze überschritten. Es wird nun die Frage aufzuwerfen, ob die Arbeitslosigkeit ihren winterrlichen Höhepunkt erreicht hat. Eine weitere nennenswerte Steigerung ist aller Voraussicht nach nicht zu erwarten. Aber auch in dieser Höhe ist die Arbeitslosigkeit nicht nur vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, sondern vom allgemeinen zu einem Problem geworden, so daß ernste Besorgnisse am Platze sind. Alle Mittel müssen angewandt werden, um eine große Zahl von Arbeitslosen durch ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Alle Bedenken hiergegen erscheinen geringer, wenn man sich der Schwere einer so riesigen Arbeitslosigkeit bewußt wird.

Es ist ein hoher, feierlicher, fast schauerlicher Gedanke für jeden einzelnen Menschen, daß sein irdischer Einfluß, der einen Anfang gehabt hat, niemals, und wäre er der Allgeringste unter uns, durch alle Jahrhunderte hindurch ein Ende haben wird. Was geschehen ist, ist geschehen, hat sich schon mit dem grenzenlosen, ewig lebenden, ewig tätigen Universum verschmolzen und wirkt hier zum Guten oder zum Schlimmen öffentlich oder heimlich durch alle Zeiten hindurch.

Thomas Carlyle.

Textilindustrie und Agrarhilfe

Kommt man zur Einsicht?

Daß die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierung Brüning von Anfang bis Ende ein einziger Fehler ist, haben wir schon oft hervorgehoben. Allmählich scheint das auch anderen Wirtschaftskreisen bewußt zu werden. Man fühlt immer mehr, daß die Geschäfte schlechter und schlechter gehen, und so hat man, weil man sich auf die Dauer ja nicht selbst belügen kann, auch die Ursache entdeckt: Die Agrarhilfe der Regierung Brüning-Schiele, welche nicht nur unsere gesamte Lebenshaltung in ungeheurem Maße verteuert, sondern uns auch bei jenen Ländern, welche Agrarprodukte ausführen, höchst unbeliebt, ja zu offenen Gegnern macht.

Mit Interesse lasen wir daher in einer der letzten Nummern der „Textil-Zeitung“, einem Organ, welches sonst sehr gern für alle möglichen Zölle eintritt, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht zum wenigsten auf die deutsche Zollpolitik zurückzuführen sei. Von den Hauptgruppen des Großhandels- und Kolonialwaren gestiegen, während diejenigen für industrielle Rohstoffe und Halbwaren und für industrielle Fertigwaren weiter gesunken sind. Wie weit nun der Butterzoll die deutsche Textilindustrie in Mitleidenschaft zieht, geht aus einer Zuschrift hervor, welche der Zeitung zuging:

„Wir behaben mit einem der maßgebendsten Kunden in Kopenhagen einen größeren Auftrag. Kurz vor dem Abschluß trat der Butterzoll ein. Der Erfolg war, daß wir von unserem Vertreter in Dänemark folgenden Brief erhielten:

„Der Auftrag auf die 50 000 Stück war so gut wie in Ordnung. Nun haben die Einfuhr von der Geschäftsleitung die Anweisung bekommen, keine deutschen Waren mehr zu kaufen, so daß der Auftrag nun nach Belgien gegangen ist. Sie werden von der Hopananda gegen deutsche Waren, veranlaßt durch die deutsche Zollpolitik, wohl auch gelassen haben. So

treten immer wieder neue Schwierigkeiten auf. Hochachtungsvoll! Unterschrift.“

„Erst Währungsverlust auf Währungsverlust und die ungünstigen Preisverhältnisse infolge des Sinkens u. a. auch der Standardmäßigen Währungen, Vorteile auf Seiten der englischen Konkurrenz, denen von uns aus überhaupt nicht begegnet werden kann. Trotzdem versucht man unter unlagbaren Mühen und nicht zuletzt empfindlichen Preisopfern das Standardmäßige-Geschäft einigermaßen wieder in Fluß zu bringen. Nun kommt schließlich die eigene Regierung und macht erneut den Verkauf einfach unmöglich. Wer mit der empfindlichen, konfessionellen Art der Käuferschaft im Norden vertraut ist, wird wissen, was dieser Schritt in unserer Zollpolitik für das Exportgeschäft nach Dänemark zu bedeuten hat. Man scheint aber zu übersehen, daß wir einen Exportmarkt um den anderen verlieren, daß jeder Exportauftrag unter geradezu unerhörten Anstrengungen erlangt werden muß, und daß die Exportindustrie nach jeder Auslandsorder ein aufreibendes Wettrennen mit der inländischen, und vor allem mit der viel stärkeren ausländischen Konkurrenz unternehmen muß. Andererseits ist aber doch auch das Inlandgeschäft nur noch zur Minimaler geworden.“

In der gleichen Nummer erscheint ein Bericht über eine Sitzung der Industrie- und Handelskammer in Leipzig, aus welchem hervorgeht, daß sich auch diese Körperschaft gegen die Schutzzölle der Zollpolitik, die uns auf dem Weltmarkt nur Gegner schafft, wendet.

Es ist natürlich, daß untere deutsche Unternehmer immer erst durch Schaden klug werden müssen. Ueber die Wirkungen einer Schutzpolitik liegen so viele Erfahrungen vor, daß man sich eigentlich nie mehr auf neue Experimente einlassen sollte. Es sollte eigenständigen Interessen unserer Handelskammern eine Warnung sein. Nach dem neuesten Ergebnis ist die Aussicht in einem solchen Maß zu trübselig, daß der Erfolg nicht einmal den Schwerepunkt für die ausländischen Anbieter deckt. Das ist wohl Mahnung genug!

Krieg auf dem Geldmarkt

Notendeckungsreform in Nordamerika — Lavals Sturz — Bankengeneralbereinigung in Deutschland

Mehr Kredit und billigeren Kredit

Die Ereignisse häufen sich. Geradezu über Nacht nehmen die Nordamerikaner eine großzügige Reform ihrer Notendeckung vor. In Amerika wird der Dollar in Zukunft nicht nur durch Gold und gute Handelswechsel gedeckt sein, sondern auch durch Anleihen der nordamerikanischen Regierung. Theoretisch gesehen — in der Praxis werden sich die Dinge wahrscheinlich etwas maßvoller entwickeln — wird Amerika dadurch in die Lage versetzt, seinen Kredit um 10 Milliarden Mark auszuweiten. Der Staat springt der privaten Wirtschaft in einem Ausmaß bei, das beispiellos da steht. Nordamerika will die Konjunkturschwelle in der privaten Wirtschaft stoppen und macht einen gigantischen Versuch, auf seinen Rohstoffmärkten zu einer Preissteigerung zu kommen. So will man der Konjunktur nachhaltige Anregungen geben. In Frankreich ist die Regierung Laval gestürzt worden. Angeblich fiel das Kabinett über eine Wahlrechtsvorlage. Interessant ist aber, daß die Amerikaner die Franzosen haben wissen lassen, sie möchten endlich ihre kurzfristigen Guthaben aus New York östlich abziehen. Das läßt die Reformpläne Nordamerikas in einem anderen Lichte erscheinen, und es ist zum mindesten richtig, wenn man in allen Ländern den Sturz Lavals als direkte Folge der nordamerikanischen Notendeckungsreform betrachtet hat. Die inneren Zusammenhänge liegen auf der Hand. Die Vorgänge in Nordamerika haben auch zu einer Tendenz geführt, die dahin geht, die Zinssätze der Notenbanken zu verbilligen und die Kredite auszuweiten. England ist mit der Diskontsenkung vorangegangen. Andere Länder werden folgen. Vor allem Deutschland, wo die Kredite, die die Reichsbank gegen gute Handelswechsel u. d. d. Wirtschaft gewährt, in den letzten Monaten und Wochen stark zusammengekrumpfen. Vorher wird aber Deutschland sich mit seinem Bankenproblem auseinandersetzen müssen. Seine Banken, die seit der großen Krise im Sommer 1931 nicht mehr mandatorieren können und die kaum mehr in der Lage sind, die ihnen im Kreditgeschäft obliegenden Funktionen zu erfüllen, müssen endlich saniert werden. Mit der Wiedereröffnung der Börse, die allerdings sehr zaghaft unternommen wird, muß Ordnung in die Bankwelt kommen. Die festgefrorenen Kredite müssen verschwinden, die einstandenen Verluste abgebaut werden. Es kommt hier in erster Linie eine Vereinigung der Danabank mit der Dresdner Bank in Frage. Ein neues Stammkapital wird mit Hilfe öffentlicher Gelder, mit Hilfe der Gelder von Steuerzahlern erwirtschaftet. Auch die anderen Banken, die Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und die Commerz- und Privatbank werden Staatsmittel in Anspruch nehmen müssen. Das legt selbstverständlich voraus, daß sich der Staat entsprechenden Einfluß auf das Kreditgeschäft verschafft.

In der letzten Zeit hat sich die Welt in ungeheurer Weise verändert. Nicht England ist mehr die erste Finanzmacht der Erde, auch nicht der Kriegsgewinnler des Weltkrieges, Nordamerika. Die erste Finanzmacht der Erde heißt Frankreich. In einer Zeit, wo die alten Geldmächte England und Nordamerika unter den ausdauernden Geldhändlern stehen, hat Frankreich wieder einmal in Höhe von 10 Milliarden Mark angelehnt.

Wirtschaftspolitisch hat man in Frankreich während dieses Jahr geglaubt, daß man im Falle unvorhergesehener Bedrohungen konjunkturpolitisch handeln könnte. Die konjunkturellen Ereignisse in Frankreich zeigen, wie leicht diese Annahme zu Unrecht ist, wenn sie nur geworden, daß die erste Finanzmacht der Welt auch die erste Wirtschaftsmacht der Welt und die erste und beständig erfolgreichste. Denn auch man im Jahre vor dem in die und Südosteuropas. So die gewahren, die sie brauchen und die sie haben wollen. Wer hätte sich darüber klar werden müssen, daß sie die höchsten Produktionsleistungen damit verzeichnen und daß es sich um die Welt ist, daß man diese und niemals wiederbringen wird. Die konjunkturelle Entwicklung Frankreichs ist eine

fürchterliche Fehlinvestition, eine Politik politischer Subventionen, die sich am besten mit der Anleihefähigkeit Frankreichs nach Rußland vor dem Kriege vergleichen läßt. Die Erinnerung an diese Zeit ist aber in Frankreich bitter. Sie mahnt an Riesenverluste. Diese Wandlung erklärt schließlich den Sturz Lavals. Wenn der Sturz Lavals so überraschend

erfolgte, dann waren es die nordamerikanischen Ereignisse. Infolge Frankreichs Verbindungen mit Americas größtem Bankier, dem Hause Morgan, war das französische Verhältnis zu Nordamerika immer ein inniges. Nun attackiert die französische Finanz den amerikanischen Dollar, trägt dazu bei, die Sparerpanik in Nordamerika zu erhöhen, die Wirtschaftskrise zu verschärfen und die nordamerikanische Regierung politisch unter Druck zu setzen. Das hat man sich in Nordamerika eine Zeitlang angesehen, bis man sich sagte, daß man ja das französische Gold zur Deckung des Dollars gar nicht braucht, daß der amerikanische Dollar bis zu 40 Proz. mit Gold genug gedeckt sei, und daß man ihn in der Not auch mit Staatsanleihen decken könne. Wie England durch die Abkehr von der Goldwährung und Deutschland und andere Staaten

durch Stillhalteabkommen, macht sich jetzt auch Nordamerika immun gegen die Angriffe der französischen Finanz. Das ist ein Moment von ungeheurer Tragweite. Hier liegen die Zusammenhänge zwischen der nordamerikanischen Notendeckungsreform und den politischen Ereignissen in Frankreich.

Vorerst stecken sich nur die Ziele ab, zeigen sich die Umrisse, wie sich die Weltwirtschaftskrise liquidieren könnte. Politisch werden sich die Ereignisse so vollziehen müssen, daß Frankreich wieder eine europäische und internationale Politik treibt. Die bevorstehenden Wahlen in Frankreich sollen erst darüber Sicherheit geben. Vorher wird man aber in Deutschland den Reichspräsidenten wählen und in Preußen eine neue Regierung. Die internationale und wirtschaftliche Bedeutung dieser beiden Wahlen in Deutschland liegt damit auf der Hand. Fallen die Wahlen in Deutschland nationalistisch aus, dann wird man sich nicht wundern brauchen, daß sie auch in Frankreich nationalistisch ausfallen werden.

Gebet vor der Schlacht

„— steh gnädig uns bei!“



Wir sind die Nazihorden
Von Gnaden des Kapitals,
Wir könnten nicht existieren,
Allein wir müßten krepieren,
Klar ist das jedenfalls.

Wir sagen den Arbeitern freundlich,
Daß wir ihre Brüder wär'n,
Und glauben sie's nicht, setz es Senge.

Jawohl, eine ganze Menge,
Sie werden dann schon auf uns hör'n!

Drum, hoher Herr und Gebieter,
Zeig uns einen großen Scheck!
Sieh, wir sind deine Knechte,
Und finden allein nicht das Rechte,
Ohne Geld sind wir nur ein Dreck!

XYZ

Herr Hitler, wer bezahlt Sie?

Die neu im Berliner Straßenhandel erschienenen Zeitung „Eiserne Front“ redet mit Adolf Hitler eine eindringliche Sprache:

„Zum 26. Januar, dem Vorabend des ehe- dem kaiserlichen Geburtstages, waren Sie wieder einmal zu Ihren rheinisch-westfälischen Gönnern und Spendern eingeladen. Sie, der „Arbeiterführer“! Sie durckten vor den Bergharren, den Erzherzögen, den Generaldirektoren, den Chemiefürsten, den Geldfürsten, den Industriefürsten, den adeligen Parliamentsgemalten Ihre Ziele vortragen. Der „Sozialist“ als Ratgeber für den Hochkapitalismus! Der „Arbeiterführer“, gefeiert von den harmlosesten Feinden der Arbeiterrechte im Deutschen Reich!

Hitler! Wir wollen, nachdem Sie vor den Herzen des Kapitalismus gedient haben, ein paar Fragen stellen:

Sie waren Frontsoldat wie wir. Vor vierzehn Jahren lagen Sie mit uns im Dreck und Feuer des Schützengrabens. Ein Arbeiter mit Arbeitern, ein Prolet mit Proletariern. Das Kaiserreich ließ Sie für sich bluten, aber es verweigerte Ihnen das militärische Führertum wie uns. Handarbeit schändete im kaiserlichen Heere. Sie machte den Mann unwürdig, Offizier zu werden. Wo sind wir, wo sind Sie heute? Wir sind an den Stempelstellen oder bei kargem Lohn im Betrieb.

Sie haben sich einen Palast gebaut. Sie reisen im eigenen Luxusauto (Wert 43 000 Mark). Sie bewohnen in den teuersten Hotels ganze Zimmerfluchten. Sie leben wie ein Fürst. Sie sammeln ein großes Vermögen. Ein Reisetag kostet Sie 1000, als wie in unseren kühnsten Träumen in einem Monat erwerben möchten. Wie fragen Sie, Hitler: Wer bezahlt und wer bezahlt Sie?

Wie hat in der deutschen Geschichte ein

Partei Führer in Jahrzehnten soviel Geld für sich gemacht wie Sie in einem Jahre. Sie scheffeln Geld, während Ihre Frontkameraden bankrottieren, abgebaut, erwerbslos sind und hungern.

Sie versprechen uns Freiheit und Brot. Wir glauben Ihnen nicht, weil Sie mit denen halten, die allezeit für Rechts- und Lohnraub gewesen sind.

Wären Sie Privatmann, wir würden uns um Ihren Verfall nicht kümmern. Es prohen und prassen ja so viele Reiche.

Sie aber haben die Millionen nicht als Börsejobber oder Unternehmer gemacht.

Sie sind als politischer Spekulant reich geworden.

Ihre politischen Geschäfte haben sich gelohnt, haben sich verzinst, tausendfältig. Als Frontsoldaten fragen wir Sie, den Gastfreund der rheinisch-westfälischen Hochkapitalisten:

Hitler, wo kommt Ihr Geld her?

Wer bringt die Millionen Reichsmark, Pfund, Dollars, Franken und Lira in Ihre Kassen? Wer? Legen Sie endlich Rechenschaft ab! Vor Ihren Mitgliedern und vor der Öffentlichkeit! So halten es die Arbeiterorganisationen aller Richtungen, weil sie nichts zu verderben haben.

Zeigen Sie der Welt Ihre Kassenbücher, wenn Sie sich nicht zu scheuen brauchen!

Werden Sie es tun? Werden Sie antworten, Hitler? Sie werden sich hüten, Sie Vortragsreisender bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie! — Sie werden sich hüten, Sie hochbezahlter Artikellieferant für ausländische Heßblätter gegen Deutschland! — Sie werden sich hüten, Sie Großverdiener des blutigen Reichismus! — Sie werden sich hüten, uns jemals unter die Augen zu treten, uns, den Kämpfern der Eisernen Front!

Eine neue Geldquelle

Rüstungsindustrie unterstützt die Hitler-Bewegung

Nicht nur die deutschen Großkapitalisten, auch die internationale Rüstungsindustrie zahlt fleißig an die deutschen Nazis.

Das von wüßtester Profitgier ditierte, im wahrsten Sinne des Wortes gemeingefährliche Treiben der Kanonen- und Munitionshändler ist in der französischen Kammer von dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Paul Faure, in einer wichtigen Anklage in das schärfste Licht der Öffentlichkeit gestellt worden. Faure ist Abgeordneter von Le Creuzot, dem Sitz der Rüstungsfirma Schneider-Creuzot. Er wies von neuem darauf hin, daß die Hitler-Bewegung von Schneider-Creuzot finanziert wird und kennzeichnete den China-Krieg als ein großes Geschäft der Rüstungsindustrie.

Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure hat auch auf seiner vor kurzem veranstalteten Versammlungstour durch Deutschland von der Verbindung Schneider-Creuzot mit den tschechoslowakischen Rüstungswerten von Stoda in Bireln gesprochen und erklärt, daß deutsche Direktoren dieses Wertes

zu den Geldgebern der Hitler-Bewegung gehören. In seiner Kammerrede am Donnerstag hat Faure dies wiederholt und hinzugefügt, daß auch die bei Schneider-Creuzot beteiligte „Union Européenne Industrielle et Financière“ die Hitler-Partei subventioniert.

Damit ist alles über unsere Nazis gesagt. Textilarbeiter, jagt sie zum Teufel, wenn sie zu euch kommen, und die Gewerkschaften „erobern“ wollen!

Sie wandern aus

Im Rheinland beabsichtigen verschiedene Firmen, ihre Betriebe aufzulösen und nach England auszuwandern. Nachdem England nach dem Sturz der Arbeiterregierung vom Freihandel zum Schutzoll übergegangen ist, ist der Absatzmarkt für deutsche Textilprodukte in England etwas eingeeignet worden. Da nun aber unsere Unternehmer nur um des Profites willen wirtschaften, glauben sie besser zu verdienen, wenn sie sich jetzt in England häuslich niederlassen. Was hier mit den Arbeitern geschieht, ist ihnen gleichgültig. Fürwahr, ein schöner Patriotismus!

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 28. Februar, ist der Beitrag für die 9. Woche billig

Achtung! Achtung!
Einsendung der Statistikarten, den Monat Februar 1932 betreffend.

Schlag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonnabend, der 27. Februar 1932. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzusenden.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu ersparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Februarbericht für die Markenstatistik von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. März 1932 einzusenden ist.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. —
Verlag: Karl Schaber in Berlin, Remer Str. 89. —
Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.



Wir schließen heute die in Nr. 8 des „Textil-Arbeiter“ begonnene Darstellung über die Frauenarbeit in Indien ab. Sie stützt sich, wie wir schon bemerken, auf eine Abhandlung des Inders Rajani Kanta Das im November- und Dezemberheft 1931 der „Intern. Rundschau der Arbeit“.

Was die Arbeitszeit anbetrifft, so arbeitet etwas mehr als die Hälfte der Frauen 54 bis 60 Stunden in der Woche. Jedoch ist die tatsächliche Arbeitszeit etwas niedriger; denn Arbeiter und Arbeiterinnen gehen außerhalb der vorgesehenen Pausen einmal weg, um etwas zu essen; zu trinken usw. Im Jahre 1922 erließ die indische Regierung ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen in allen Fabriken, das allerdings für einzelne Gewerbegebiete wieder eingeschränkt wurde.

Da der Gesundheitszustand unter den Arbeiterinnen im allgemeinen sehr schlecht ist, sind die Arbeiterinnen infolgedessen sehr anfällig und zu fortgesetzten Anstrengungen nicht fähig. Es ist in diesem Zusammenhang auch wieder auf die ungeheure Armut der Klassen sowie auf die schlechten Wohnverhältnisse, die Ueberbevölkerung und Unsauberkeit hinzuweisen. Auch das häufige Fehlen der Arbeiterinnen ist ebenfalls auf den schlechten Gesundheitszustand sowie auch auf die häuslichen Verpflichtungen zurückzuführen. In den Baumwollspinnereien belief sich der Prozentsatz der Abwesenheit der Frauen in Bombay auf 11,8 Proz., in Ahmedabad auf 7,4 Proz. und in Solapur auf 10,8 Proz. gegenüber 7,1, 8 und 12,4 Proz. für die Männer.

Auf die Leistung wirkt auch die Unwissenheit und die mangelhafte Vorbereitung der Frau stark ein. Nach einer Zählung von 1921 konnten von 153,6 Millionen Frauen 150,8 Millionen Frauen, d. h. mehr als 98 Proz., weder lesen noch schreiben. Der Mangel an Allgemeinbildung verhindert auch eine gute berufliche Ausbildung.

In den Fabriken finden wir sowohl Zettels als auch Akkordlöhne. 1926 arbeiteten 52,62 Proz. der Arbeiterschaft in Bombay im Akkord. Häufig haben die Arbeiter darunter zu leiden, daß die Lohnzahlung in sehr großen Zwischenräumen erfolgt. Vom Lohn werden noch häufig sehr große Abzüge gemacht, die sich vor allem aus Strafgeld und Schadenersatz zusammensetzen.

Ueber die Löhne macht der Verfasser Rajani Kanta Das folgende Ausführungen:

„Da die Fabriken über ein viel weiteres Gebiet zerstreut sind, finden sich hier noch viel größere Unterschiede zwischen Löhnen und Verdiensten. In Punjab betragen die Lohnsätze für Arbeiterinnen in den Seifensfabriken 6 Annas*) täglich. In Bombay betragen sie zwischen 4 und 8 Annas täglich und in den vereinigten Provinzen etwa 8 Rupien monatlich. Einige Lohnangaben für die nicht saisonmäßigen Fabriken sind nur für die Baumwollspinnereien in Bombay vorhanden. 1926 betrug hier der durchschnittliche Tagelohn 0 Rupien 11 Annas und 11 Pies, in Ahmedabad 0-12-6 Rupien und in Solapur 0-6-8 Rupien. Die durchschnittlichen Verdienste aller Frauen beliefen sich in Bombay auf 17-12-4 Rupien und in Solapur auf 9-15-7 Rupien. Die Löhne in Ahmedabad sind am höchsten.“

Was die Lebenshaltung anbetrifft, so werden etwa vier Fünftel des Gesamteinkommens für Lebensmittel, Kleidung, Heizung und Licht, Miete und Haushaltsgegenstände ausgegeben. Der Rest verbleibt für Ausgaben von Schuldenzinsen, kultische Gebräuche, Krankheit, Reisen, Unterstützungen und Verwandte, Alkohol, Tabak. Für Erziehung und Erholung bleibt wenig oder gar nichts übrig. Die Bekleidung ist sehr einfach. In einigen Teilen Indiens herrscht ein sehr strenger Winter, so daß die Bekleidung oft nicht ausreicht, um die Arbeiter warm zu halten. Vor allem gilt das für die Frauen, die selten wollene Kleider besitzen und meistens barfuß gehen. In den Arbeiter-

*) Die Währung zeigt folgendes Bild: Indien (Brit.): 1 Mohur = 15 Rupien, 1 Rupie = 16 Annas, 1 Anna = 12 Pies; 1 Mohur = 29,83 RT.; 100 Rupien = 153,22 RT.

wohnungen gibt es nur wenige Möbel. Viele Arbeiter können sich nicht einmal ein Bett leisten. In den Industriezentren ist der Konsum von Branntwein sehr stark. Der Familienhaushalt wird auch sehr stark durch die Ausgaben für die Zinsen belastet, denn die Arbeiter in den Industriezentren sind sehr verschuldet. Dies rührt weniger aus einer

Der Zustand der meisten Häuser in den Industriezentren ist sehr schlecht. Sie befinden sich in einer fürchterlichen Verfassung; die Höfe sind voller Staub, Abfall und Kehricht, die Latrinen schlecht angelegt, so daß die Luft verpestet wird. Keines Wasser gibt es entweder überhaupt nicht oder nur in höchst unzureichendem Maße.

Für je acht Mietshäuser gibt es nur eine Schöpfstelle. Oft sind Ziegen und andere Haustiere noch in einer Ecke der Wohnung oder in der Veranda untergebracht.

Die Kindersterblichkeit ist ungeheuer. In der Präsidentschaft Bombay betrug sie 1927 auf 1000 Geburten 161,42, in Solapur 199,05, in Ahmedabad 287,27 und in Bombay selbst 319,12. Die obengenannten Zahlen be-

Kinderheirat und frühzeitige Mutterschaft hemmen die körperliche und sozial untergeordnete Stellung der Frau, ihre Abgeschlossenheit verhindert eine schnellere Befreiung. Der Verfasser bemerkt abschließend:

„Als Frau und Mutter hat die indische Frau eine andere Stellung in der Gemeinschaft und kann höhere Achtung verlangen. Als Mitarbeiter in der Industrie hat sie die soziale Anerkennung noch nicht erlangt. Da sie nicht daran gewöhnt ist, sich selbstständig und frei zu bewegen, fühlt sich die Frau in den Industriezentren völlig fremd. Die Sitte, die sie bisher geleitet hat, hilft ihr in der neuen Umgebung nicht mehr. Eine neue Ethik hat sich an Stelle der alten sozialen Ordnung noch nicht gebildet. Die Frau ist weder genügend vorgebildet, noch findet sie eine ihr entsprechende Umgebung, um ihren eigenen Willen zu entwickeln, der den Ursprung jedes sittlichen Verhaltens bildet.“

Kapitalistische Unverschämtheit

Der wildgewordene Psychotechniker.

Der Monatschrift des Zentralverbandes der Angestellten, „Wirtschaft und Wissen“, Heft 12, entnehmen wir folgende Notiz. Jeder Kommentar über die hier dargestellte schmutzige Methode ist wohl überflüssig.

Der Irrsinn der „wissenschaftlichen“ Menschenprüfung hat jetzt einen neuen Gipfel erklommen. Neuerdings werden die Angestellten durch einzelne Großfirmen vor der Einstellung auch einer psychotechnischen Moralphprüfung unterzogen.

Der Prüfling bleibt plötzlich im Versuchsraum allein. Auf dem Tisch „vergischt“ der Psychotechniker seine Brieftasche. In qualvoller Langeweile und Nervosität wird der Prüfling vielleicht neugierig werden und nach ihr greifen. Durch ein verborgenes Guckloch wird dieses Spiel, wie bei einem Verbrecher, beobachtet. Ueberflüssig zu sagen, daß gerade der Ehrliche, der Intelligente nach der Brieftasche greifen wird, um den Vergeßlichen festzustellen. Weiter steht im Versuchsraum ein Tisch, auf dem Photographiealben liegen. Im ersten Album befinden sich Photographien berühmter Zeitgenossen, im zweiten Album Abbildungen von Kunstwerken, im dritten — göttliche Bilder.

Durch das Guckloch wird die Zeit gemessen, die der Prüfling auf jedes Album verwendet.

Fein, wie? Wir möchten nur wissen, an welchem Album sich unsere Wirtschaftskapitane, als sie noch jung und schön waren, am längsten aufgehalten hätten — — —

Die Arbeiterin als Mutter

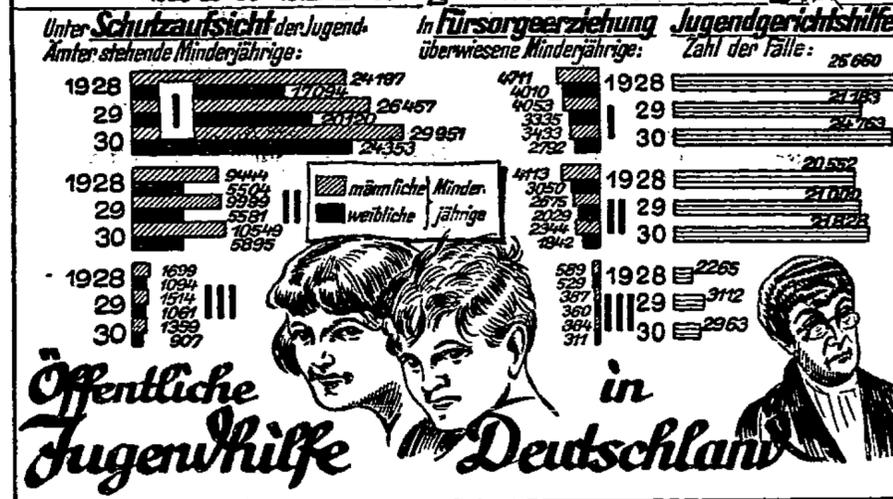
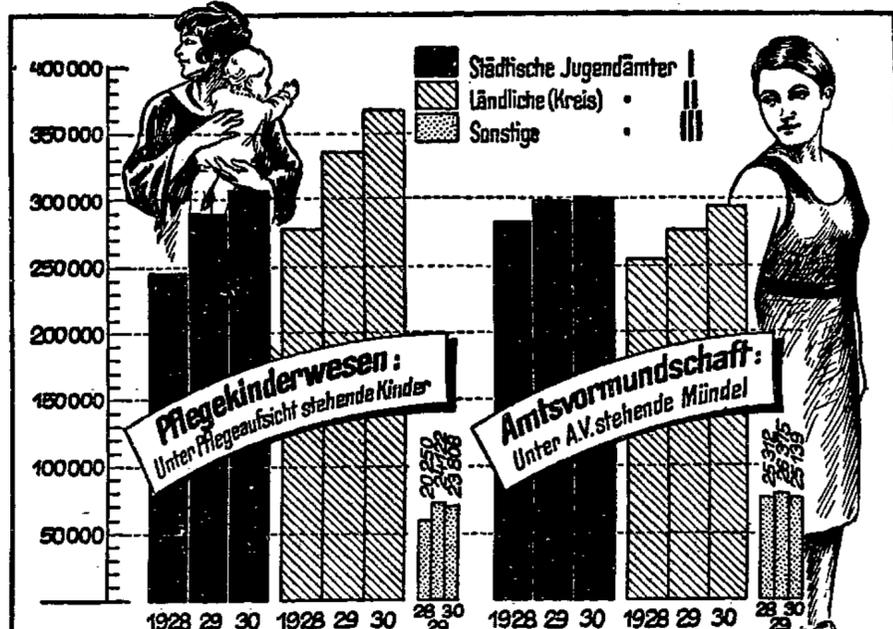
In den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen hat man eine große gewerbehygienische Untersuchung durchgeführt, die sich mit der Frage der Wirkung der Fabrikarbeit der Frau auf die Mutterschaft beschäftigte. 3000 Fragebogen, die von Fürsorgerinnen und Fürsorgeärzten ausgegeben wurden, dienten dazu, das Ergebnis zustande zu bringen, über das wir den Bericht des Landesgewerbeärztes Dr. T e l e n in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ finden.

Auch hier wurde erwiesen, daß die Arbeit der schwangeren Frau, wenn sie bis in die allerletzten Wochen vor der Geburt fortgesetzt wird, die Entwicklung des Kindes schädlich beeinflusst. So hat man auch verglichen, ob die Kindersterblichkeit größer ist, wenn die Mutter nach der gesetzlichen Schutzfrist von 6 Wochen die Arbeit wieder aufnimmt, als dann, wenn die Mutter auch nach diesen 6 Wochen der Arbeit noch fernbleibt. Hierbei wurde einwandfrei festgestellt, daß die Kindersterblichkeit dann, wenn die Mutter die Arbeit wieder aufnimmt, größer ist, als wenn die Arbeiterin auch noch weitere Wochen nicht arbeitet.

Hier ist einer der Punkte, an denen die Arbeit im Sinne des Volkswachstums einzuwirken muß: soziale Kultur, Ausdehnung der Schwangerenunterstützung, Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung auf mindestens drei Monate! Das sind die Forderungen d. Gewerbehygiene im Sinne der gesunden Zukunft des Volkes.



Im Rahmen des Frauentums wird im Mitteldeutschen Sender (Leipzig-Dresden) am 29. März (3. Ostertag) in der Zeit von 18.05 bis 18.30 Uhr aus unserem Bude: „Mein Arbeitstag, mein Wochenende“ vorgelesen. Kollegin Nicoviera wird zur Einführung sprechen.



Die Not der Gegenwart, die so unendlich schwer auf den breiten Massen des schaffenden Volkes lastet, hat besonders auch die Jugend erfaßt. Hier wollen helfend eingreifen neben den Institutionen der Arbeiterschaft die durch das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt geschaffenen Jugendämter. Sie haben folgende Aufgaben: Schutz der Pflegekinder; Fürsorge für uneheliche Kinder; Mitwirken im Vormundschaftswesen; Amtsvormundschaft und Gemeindegewaltstatätigkeit; Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige; Mitwirkung bei der Schutz-

aufsicht und der Fürsorgeerziehung; Jugendgerichtshilfe usw. In unserer Bildstatistik geben wir eine Uebersicht der Tätigkeit der öffentlichen Jugendhilfe in Deutschland in den Jahren 1928-30, die infolge Anwachsens der Zahlen der Betreuten trotz Verminderung der zur Verfügung gestellten Mittel eine immer schwierigere Aufgabe zu erfüllen hat. Von den unter Pflegeaufsicht stehenden Kindern waren 90 Proz. und von den unter Amtsvormundschaft stehenden Mündeln 95 Proz. unehelich.

unbedachten Lebensweise, als daher, daß die Arbeiter ihren Lohn sehr spät erhalten. Dann müssen sie häufig Schmiergelder zahlen, um eine Anstellung zu erhalten. Ueber das höchste Einkommen verfügen noch die Textilarbeiter, die viel besser bezahlt werden als Arbeiter in anderen Industrien. Die Wohnräume sind sehr beschränkt. Die bei weitem größte Zahl der Arbeiter lebt in Einzimmerwohnungen. Aber auch diese Wohnungen sind noch überfüllt. In den Häusern von Bombay wohnen in den Altwohnungen durchschnittlich 3,7, in den neuen Wohnungen sogar 7 und mehr Personen in einem Raum haufen. Dabei wird aber noch vom Raum an Untermieter abgegeben. Während des größten Teils des Jahres schlafen die Bewohner nicht innerhalb der Wohnungen. Häufig wird auch noch vor dem Eingang des Hauses gekocht. Die durchschnittliche Wohnungsmiete betrug in Bombay für eine Einzimmerwohnung im Jahre 1923/24 5 Rupien 2 Pies, für Zweizimmerwohnungen wurden 10 Rupien 4 Annas und 4 Pies gezahlt.

ziehen sich auf die gesamte Einwohnerschaft. Die Kindersterblichkeit in der Arbeiterschaft ist noch höher:

Nach einer Untersuchung des Arbeitsamtes in Bombay im September 1930 waren unter 5911 Geburten in Arbeiterhäusern 190 Totgeburten und von den lebend geborenen Kindern starben 1159, bevor sie das erste Lebensjahr erreichten. Mutterschaftsbeihilfen werden nur in einigen wenigen Industrien gezahlt. Die meisten Provinzen haben eine Mutterschaftsgesetzgebung noch nicht eingeführt**).

Dem Aufstieg der Frauen stehen noch manche sozialen Institutionen entgegen.

** Bei uns starb Anfang der 70er Jahre nahezu ein Viertel aller lebend geborenen Kinder vor Vollendung des 1. Lebensjahres, um die Jahrhundertwende noch rund ein Fünftel, 1927 noch rund ein Zehntel und in dem besonders günstigen Jahre 1928 sogar nur 8,9 Proz. (Vgl. Deutsche Wirtschaftsstunde, ein Abriß der deutschen Reichsstatistik, bearbeitet im Statistischen Reichsamte Berlin, 1930, S. 27 28.) — Interessant sind auch die Vergleiche über die durchschnittliche Lebensdauer. Sie beträgt in Indien nur 24,7 Jahre, in Frankreich 52,6 Jahre, in England 55,6 und in Deutschland 56 Jahre.



Für unsere Jugend

Aufbauende Jugendarbeit

Unsere Hilfsmittel

Für die Gewerkschaften sind die Jugendgruppen und die in ihnen geleistete Arbeit zu einem außerordentlich wichtigen Faktor für die Zukunftsentwicklung der Gewerkschaften selbst geworden. Man muß daher alle Wege begrüßen, die zu praktischen Anregungen des Ausbaues dieser Arbeit führen. Die Jugend ist heute nicht mehr so welt fern und romantisch angehaucht, wie man es mit Recht in der Vorkriegszeit, ja, auch noch in den ersten Jahren nach dem Kriege mit einer gewissen Genugtuung immer wieder feststellte. Die Genugtuung besagte allerdings oft, daß man recht habe, wenn man der Jugend nicht viel zutraute. Das ist in vielem heute anders geworden. Die Jugend ist in besonders starkem Maße von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erfaßt. Sie steht damit heute im Mittelpunkt der aktuellsten Geschehnisse des gesellschaftlichen Lebens. Das führt zu einer gewissen Frühreife, nicht immer allerdings auch zum nötigen Verantwortungsbewußtsein. Während auf der einen Seite Phrasentum und Ueberheblichkeit gestärkt werden, erkennen viele aber bereits auch das Wesentlichste in der Realität des heutigen Geschehens und der politischen Notwendigkeiten. Hier haben mit Recht auch die Gewerkschaften in ihrer positiven Arbeit immer angeknüpft. Dennoch bedarf man auch der nötigen Hilfsmittel, die klare Richtlinien für die Praxis bieten. Wir begrüßen es deshalb besonders, daß der Verlag des DGB. wiederum zwei Schriften des Kollegen Walter Eschbach zum Organisationspreis von 75 Pf. herausgebracht hat: „Unser Jugendabend“ und „Unsere Jugendfeiern“, die in diesem Sinne außerordentlich umfangreiches und wichtiges Material enthalten.

Die erstgenannte Schrift erscheint bereits in der zweiten Auflage. Der Verfasser stützt darin vorerst einiges Wesentliche über die Wesensart der Jugend, über Gestaltung der Jugendarbeit und die Grundzüge der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im besonderen. Die Probleme der Mitarbeit der Jugendlichen werden eingehend beleuchtet. Fragen tauchen daneben auf, inwieweit man nun tatsächlich Selbstverantwortung gegenüber der Organisation erwarten darf. Schwierigkeiten des Berufs und der Krisenzeit werden gleichfalls berücksichtigt. Dann folgt die Praxis. Mangel an Kräften und an Stoff, Unentschiedenheit der meisten Arbeitsprogramme, wenig Systematik und Schwierigkeiten der Altersstufen mußten oft zu Fehlschlägen führen. Eine Fülle praktischen Materials in Form von Vorschlägen für die interner Gruppen- und Vortragsarbeit stellt der Verfasser dem gegenüber, so daß auch die am schlechtesten bedachte Gruppe sich daran orientieren kann. Wichtig sind aber nicht nur die Vorschläge für das Monats- oder Jahresprogramm; die gute Unterlage dafür bietet erst das umfassende Literaturverzeichnis. Die darin enthaltenen Werke bedürfen kaum einer Ergänzung. Ueberdies hat die praktische Arbeit in der Berliner Gewerkschaftsjugend die Anwendbarkeit solcher Vorschläge klar erwiesen.

Als sehr wesentlich erscheint uns auch die Schrift „Unsere Jugendfeiern“. Auch hier fehlt nicht das theoretische Fundament in kurzen Vorbemerkungen. Gefühlsempfindungen der Jugend bedürfen besonderer Berücksichtigung. Die Fesselung in alten gefühlsmäßigen Bahnen tritt hier oft am klarsten zutage, sie sind aber — da schnell offenbar — auch am leichtesten in Jugendkreisen zu wandeln. Gestaltung der Freude und Auswertung der Gemeinschaftskräfte sind wertvoll. Streben nach Selbstarbeit und Selbstverantwortung ist auf solchen Gebieten besonders lebendig, und hier ergeben sich immerhin am besten Arbeiten in Form eines Kollektivs. Umfassende Vorschläge für die Gestaltung einfacher Unterhaltungsabende, Arbeitveranstaltungen, Feste und Feiern, der Jugendtreffen und dergleichen sind auch hier in Fülle vorhanden. Bewertung von Lichtbildern, Film, Schallplatten, Revuetationen, Sprech- und Bewegungsschören, Gesang und Musik usw. werden eingehend besprochen

an Hand der gleichfalls in den Vorschlägen mit angegebenen Literatur. Das ist ein Buch für die Praxis, wie man es sich besser kaum wünschen kann. Nur die Satire scheint uns etwas zu kurz gekommen zu sein. Dennoch ist zu hoffen, daß diese kleinen Werke mit ihren wertvollen Anregungen ausgiebig von unseren Jugendführern ausgeschöpft werden. al.

Sowjet-Rußland und das Dinta

„Das freie Wort“ veröffentlicht folgenden Brief des Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR. an das deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta):

Bevollmächtigter des Obersten Volkswirtschaftsrates bei der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland, Abteilung Maschinenbau.



Reutlingen hält Ausschau vom hohen Gipfel

Berlin W 15, den 3. Juli 1931.
Lieseburger Straße 48.

In das Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta)
Düsseldorf, Ralher Straße 105.

In der UdSSR. beschäftigt man sich mit dem Problem der beruflichen Fortbildung von Spezialarbeitern, Werkmeistern, Technikern und Ingenieuren. Wir wissen, daß man in Deutschland diesem Problem großes Interesse entgegenbringt und die technischen Vereine und Schulen vorbildliche Einrichtungen getroffen haben, um den im Beruf stehenden technischen Beamten über die stetig und rapide fortschreitende Entwicklung der Technik durch Vorträge und Demonstrationen in Fabriken, Schulen und auf Vereinstagungen auf dem laufenden zu halten.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns über den Aufbau dieser Fortbildungstätigkeit und über die Organisation derselben grundlegende Informationen erteilen wollten.

Für Ihr Entgegenkommen in dieser Angelegenheit sprechen wir Ihnen im voraus unseren verbindlichsten Dank aus und zeichnen hochachtungsvoll

(Unterschrift unleserlich), Oberingenieur.

Um zu wissen, was dieses Schreiben bedeutet, muß man wissen, daß das Dinta (rund heraus gesagt) eine Drillanstalt für kapitalistischen Facharbeiter ist. Die Hauptaufgabe ist Erziehung zur Wertgemeinschaft und Wertverbundenheit und zur Unterordnung. Das Motto des Leiters des Dinta, das er seinen Mitarbeitern unaufhörlich wiederholt, lautet: „Erziehung, Erziehung, Erziehung, meine Herren! Das jüngsten Feilen und Hämmern lernen die Jungen schon von selbst!“

Die organisierte Arbeiterjugend setzt sich mit allen Mitteln gegen die arbeitereindlichen Methoden des Dinta zur Wehr. Wenn jetzt Sowjetrußland diese Methoden einer Jugenderziehung übernehmen will, so ist das für die kommunistische Bewegung ebenso charakteristisch, wie das Zusammengehen mit Halentreuz und Stahlhelm am 9. August. Der Kommunismus bedeutet wirtschaftlich und politisch Reaktion.

Berufsschul-Zellenorganisation der Nationalsozialisten

Die Gewerkschaften sind den Jüngern des sogenannten „Dritten Reichs“ ein besonderer Stein des Anstoßes, weil sie sich als Bollwerk erweisen, an dem der Anprall der nationalsozialistischen Welle zerbricht. Daß man die Gewerkschaften nicht einfach überrennen kann, ist den Nazis bereits klar geworden. Nun sollen, auf längere Sicht berechnet, andere Methoden angewendet werden. „Der Marxismus ist am Ende seines Lateins. Er behauptet sich nicht mehr durch die Lebenswahrheit seiner Idee. Er steht nur noch in einer verzweigten Organisation. Die marxistischen Parteien haben ihren letzten Zuwachs aus ihren Jugendorganisationen. Diese zu zerschlagen, ist vornehmlich die Aufgabe der nationalsozialistischen Berufsschüler. Erfüllen wir diese folgerichtig, dann bricht der ökonomische Kollaps, der Marxismus, zusammen.“ So wendet sich der „Angriff“, das Berliner Organ der Nationalsozialisten, an die Berufsschüler und fordert zur Bildung nationalsozialistischer Zellen auf. Irgendwelche praktischen Aufgaben, wie etwa Wahrnehmung von Lehrlings- und Schülerinteressen, werden diesen Zellen nicht gestellt. Soweit sie überhaupt gebildet werden, würden sie solche Aufgaben aus Mangel an den notwendigen Kenntnissen auch gar nicht erfüllen können. Was

für eine Ahnung können die sich als angehende Herrenmenschen fühlenden Tertianer oder Sekundaner, die zweifellos versuchen werden, die Heilsbotschaft des großen Adolf den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern zu predigen, schon von den Dingen haben, die die werttätige Jugend wirklich bedrücken. Vielleicht wird hier und da ein Knabe sich bemühen, den Lehrlingen die schädlichen Folgen der „marxistischen Zwangsbewirtschaftung der Löhne“ (lies tarifliche Lohnregelung) klarzumachen, was besonders zu erwarten ist, wenn diese Apostel Söhne selbständiger Gewerbetreibender sind. Wir sind fest überzeugt, daß auch das jüngste Mitglied unserer Lehrlings- und Jugendabteilungen in der Lage sein wird, aus seinen eigenen Erfahrungen heraus solche Heilsprediger nach Hause zu schicken. Trotzdem werden unsere Jugendgruppen die Bemühungen der Nationalsozialisten um die Berufsschüler genau beobachten müssen, damit unsere Mitglieder in den Berufsschulen diesen Absichten die notwendige Klärung entgegenlegen können.

Wir!

Wir schaffen im Erz- und im Kohlenschacht;
Wir bauen Paläste in strotzender Pracht;
Wir graben und hacken in Wald und Feld;
Wir fahren die Güter hinaus in die Welt.
Wir weben die Seide, den Samt und das Tuch;
Wir tragen für andre die Zahlen ins Buch.
Wir stonden im Felde auf einsamer Wacht;
Wir waren die Opfer in mordender Schlacht.
Wir denken und dichten — doch ändern der Lohn,
Dem Volke der Arbeit blieb nichts als die Fron!

So darf es nicht bleiben, ihr Brüder zu Hauf,
Wir pflanzen das Banner der Arbeit jetzt auf!
Hinweg mit der Knechtschaft, hinweg mit der Not,
Im siegreichen Kampfe um Freiheit und Brot!
Mag dunkel und trübe die Gegenwart sein —
Nicht sorgen und klagen —: die Zukunft ist dein!
An sie mußt du glauben und an deine Kraft,
Die, mit den Brüdern vereint, das Große schafft!
Schon stehen Millionen in Reih und Glied
Im Kampf um die Freiheit, wie Winkelried!
Julius Lehmann-Kockisch.

Betrachtungen zur Berufswahl

Ausbildungsmöglichkeiten in der Textilindustrie

Mit dem zu Ende gehenden Schuljahr 1931/32 tritt an viele Eltern und Erziehungsberechtigte bzw. an die Schulentlassenen die Frage der Berufswahl heran. Bei der Entscheidung hierzu soll man sich alle Gesichtspunkte vor Augen halten, die für das Lebensglück und die Berufsfreudigkeit maßgebend sind.

Wenn man von der augenblicklich herrschenden Krise absieht, so kann man feststellen, daß die Industrie jederzeit ein Sammelbecken für die Einstellung technisch gut ausgebildeter junger Leute ist. Im Freistaat Sachsen überwiegt bei weitem die Textilindustrie, in der etwa ein Drittel der gesamten Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die große Vielfältigkeit in der Erzeugung der verschiedenartigsten Artikel sowie auch die ständige wechselnde Modifikation, verbunden mit dem scharfen Konkurrenzkampf des In- und Auslandes, stellen an die Intelligenz und Leistungsfähigkeit des technischen Beamten die höchsten Anforderungen. Der Weberfachmann muß heute so durchgebildet sein, daß er in die Zusammenhänge der Fabrikation und die Erfordernisse des Warenverkehrs einen tiefen Einblick gewinnt. Es genügt deshalb heute nicht mehr, daß, wie in früheren Zeiten, diese Kenntnisse gelegentlich nur stückweise und mit der Zeit gesammelt werden. Für die theoretische und praktische Ausbildung des Weberfachmannes sind vielmehr in den einzelnen sachlichen Teilbereichen Fachschulen entstanden, die unter staatlicher Behandlung seitens der Staats- und kommunalen Behörden sowie unter weitgehender Unterstützung durch die Industriellenverbände auf höchster technischer Stufe stehen und die nur unter großen Opfern in ihrem Bestand erhalten werden. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden, der sich in der Textilindustrie zu einem höchsten Fachmann erheben will, von diesen Bildungsmöglichkeiten weitgehenden Gebrauch zu machen.

in der Ausbildung des textiltchnischen Nachwuchses am vorteilhaftesten entsprechen, welche die für alle Zweige der Textilindustrie erforderlichen Einrichtungen an Maschinen und Lehrmitteln für Spinnerei, Weberei, Appretur und Färberei besitzt. Als eine solche umfassende Lehranstalt haben wir im Freistaat Sachsen nur eine Schule, die Sächsisches höhere Fachkolor mit öffentlichem Vorkursprüfungsamt für Textilindustrie zu Reichardtshaus i. V.

An dieser Lehranstalt wirken für die einzelnen Zweige der Textilindustrie Speziallehrkräfte, die in diesen Zweigen hervorragende Stellungen innegehabt haben und so in der Lage sind, den Schülern eingehende Kenntnisse vermitteln zu können.

Besonders erwähnt sei auch der Textilaturierkursus, in welchem die für die Industrie so wichtigen Beamten zur Schaffung neuer Qualitäten und Musterkollationen ausgebildet werden, sowie die Musterzeichnerabteilung, die Patronenreue und Musterzeichner (ein auch für Damen sehr geeigneter Beruf) ausbildet.

Auch Appreturisten, die sich der Wolstoffappretur widmen wollen, bietet diese Schule zur Erlangung besserer Stellungen die beste Ausbildungsmöglichkeit.

Nei sind die Eltern 1932 erstmalig einmündigen, vier- bis fünfjährigen Kinder zur Ausbildung von Spinnereiarbeitern und Weberkollatorien, deren Wohnorten nach entsprechendem Besuch dieser Anstalten die Berechtigung zur Führung dieses Amtes erlangen.

Der Not der Zeit Rechnung tragend, soll der Unterricht in der Spinnereiarbeitung schon nach zwei Halbjahren einen gewissen Abschluß erreichen, worüber den Schülern ein Zeugnis ausgestellt wird. Dadurch wird den Schülern, die immernoch nicht in der Lage sind, alle vier Halbjahre in einem Zuge durchlaufen zu können, Gelegenheit gegeben, nach Ablauf von einem Jahre auf Grund der erlangten Zeugnisse eine zweite Einstellung erhalten zu können. Letztlich wird der Wiedereintritt in die Schule werden die abgelaufenen Halbjahre angerechnet.

Snfolge der Vielfältigkeit, welche gerade die Textilindustrie ausmacht, wird jeder intelligente junge Mann in jeder der hier erwähnten Richtungen entsprechendes Berufungsfeld und damit eine Existenzmöglichkeit finden.

Dieser Stellungzeit wird diejenige Lehranstalt

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin Illustriert von Georg Wilke

8. Fortsetzung

Gut, ich mache auf. Aber kaum habe ich die Tür auch nur einen Ritze auf, da preßt der eine Burfche schon seinen Fuß dazwischen. Der alte Trick, auf den sie sich immer wieder etwas einbilden. Das scheint der erste Trick zu sein, den sie zu lernen haben.

Sie kommen rein. Zwei Mann in Zivilkleidung. Ich sitze auf dem Betttrand und fange an, mich anzuziehen.

Mit Holländisch werde ich ganz gut fertig. Ich bin auf holländischen Schiffen gefahren und habe hier nur etwas dazugelernt. Die beiden Vögel können aber auch etwas Englisch.

„Sie sind Amerikaner?“

„Ja, ich denke.“

„Zeigen Sie Ihre Seemannskarte.“

Die Seemannskarte scheint der Mittelpunkt des Univerfums zu sein. Ich bin sicher, der Krieg ist nur geführt worden, damit man in jedem Lande noch seiner Seemannskarte oder nach seinem Paß gefragt werden kann. Vor dem Kriege fragte niemand nach der Seemannskarte oder nach dem Paß, und die Menschen waren recht glücklich. Aber Kriege, die für die Freiheit, für die Unabhängigkeit und für die Demokratie geführt werden, sind immer verdächtig. Verdächtig seit jenem Tage, wo die Preußen ihre Freiheitskriege gegen Napoleon führten. Wenn Freiheitskriege gewonnen werden, dann sind die Menschen nach dem Kriege alle Freiheit los, weil der Krieg die Freiheit gewonnen hat. Yes, Sir.

„Ich habe keine Seemannskarte.“

„Sie haben keine, keine Seemannskarte.“

„Dann zeigen Sie Ihren Paß.“

„Ich habe keinen Paß.“

„Keinen Paß.“

„Mein, keinen Paß.“

„Nur keine Identitätskarte der hiesigen Polizeibehörde?“

„Nein, auch keine Identitätskarte der hiesigen Polizeibehörde.“

„Sie wissen doch, daß Sie sich hier in Holland ohne Papiere, die von unseren Behörden erteilt sein müssen, nicht aufhalten dürfen?“

„Das weiß ich nicht.“

„So? Des wissen Sie nicht? Sie haben wohl die letzten Monate und Jahre auf dem Lande gelebt?“

Die beiden Vögel halten das für einen so guten Witz, daß sie laut aufschreien.

„Ziehen Sie sich an, und kommen Sie mit!“

Wissen möchte ich, ob man hier auch gebadet wird, denn man keine Seemannskarte vorzeigen kann.

„Hat jemand von den Herren nicht vielleicht eine Zigarette?“ fragte ich.

„Eine Zigarette? Wollen Sie haben, eine Zigarette habe ich nicht. Wir können unterwegs welche kaufen. Wollen Sie die Zigarette haben?“

„Die Zigarette nehme ich lieber als die Zigarette.“



„Was ist das für ein Tier?“ fragte ich. „Das ist ein Pferd.“ „Woher ist es?“ „Aus Amerika.“ „Wie alt ist es?“ „Es ist ein Jahr alt.“ „Woher ist es?“ „Aus Amerika.“ „Wie alt ist es?“ „Es ist ein Jahr alt.“

„Was? Mehr Geld haben Sie nicht?“

„Nein, mehr Geld habe ich nicht.“

„Wovon haben Sie denn die ganzen Tage hier gelebt?“

„Von dem, was ich jetzt nicht mehr habe.“



Man wurde ich erst wieder mal gründlich durchsucht —

„Da hatten Sie also Geld, als Sie hier nach Antwerpen kamen?“

„Ja.“

„Wieviel?“

„Das weiß ich so genau nicht mehr. Hundert Dollar oder so, es können auch zweihundert gewesen sein.“

„Wo hatten Sie denn das Geld her?“

„Das Geld hatte ich einfach gespart.“

Das war offenbar wieder ein guter Witz; denn die ganze Bande, die da im Vernehmungszimmer um mich herum versammelt war, plachte heraus vor Lachen. Aber alle paßten auf, ob der Hohepriester auch lachte. Und als der anfing, da fingen sie auch an zu lachen, und als der aufhörte, da hörten sie so plötzlich auf, als wären sie vom Schläge getroffen worden.

„Wie sind Sie denn überhaupt nach Holland gekommen? So ganz ohne Paß. Wo sind Sie denn da durchgekommen?“

„Ich bin halt so reingekommen.“

„Wie, reingekommen?“

Der Konsul hat es mir nicht geglaubt, wie ich hereingekommen bin. Die würden es mir erst recht nicht glauben. Ich kann auch diesen netten Burfchen da aus Belgien nicht den Spaß verderben.

Also da sage ich: „Mit einem Schiff bin ich gekommen.“

„Mit welchem Schiff?“

„Mit — mit — mit der George Washington.“

„Wann?“

„Das weiß ich so genau nicht mehr.“

„So? Also mit der George Washington sind Sie gekommen. Das ist eine recht mysteriöse George Washington. Die ist unseres Wissens nie in Rotterdam gewesen.“

„Dafür kann ich nichts. Ich bin für das Schiff nicht verantwortlich.“

„Sie haben also gar kein Papier, gar keinen Ausweis? Nichts. Kein gar nichts, womit Sie beweisen können, daß Sie Amerikaner sind?“

„Nein. Aber mein Konsul...“

Ich schien gute Witz zu machen. Wieder sehte ein Höllengelächter ein.

„I-h-r Konsul.“

Das Ihr zog er so lang, als ob es für ein halbes Jahr reichen sollte.

„Sie haben doch keine Papiere. Was soll denn da I-h-r Konsul mit Ihnen anfangen?“

„Er wird mir doch Papiere geben!“

„Ihr Konsul? Der amerikanische Konsul? Ein amerikanischer Konsul? In unserem Jahrhundert nicht. Nicht ohne Papiere. Nicht ohne, daß Sie, sagen wir mal, in guten Verhältnissen leben. Nicht so einem Kuntreiber.“

„Aber ich bin doch Amerikaner.“

„Möglich. Aber das müssen Sie I-h-rem Konsul beweisen. Und ohne Papiere glaubt er es Ihnen nicht. Ohne Papiere glaubt er Ihnen nicht, daß Sie überhaupt geboren sind. Ich will Ihnen etwas sagen, zu Ihrer Belehrung. Beamte sind immer Bürokraten. Auch wir sind Bürokraten. Die schlimmsten Bürokraten, aber sind die Bürokraten, die es erst seit gestern sind. Und die aller schlimmsten Bürokraten sind die, die



Das wurde offenbar wieder ein guter Witz —

den Bürokraten von den Preußen geerbt haben. Haben Sie verstanden, was ich meine?“

„Ich glaube ja, mein Herr.“

(Fortsetzung folgt.)

Natur und Technik

Katastrophale Vermehrung

Wenn alle Vermehrungsmöglichkeiten nicht gehemmt würden! — Nach drei Jahren wäre jede Schiffahrt unmöglich, da aus einem Stockfisch 40 Milliarden Stockfische würden

Von Willi Damm

Die gegenwärtige wirtschaftliche Not, die Arbeitslosigkeit und all das Elend lassen die kange Vermutung entstehen, daß eine furchtbare Katastrophe hereinbrechen muß, weil es ein Zuviel an Menschen auf der Erde gäbe, daß der Kampf ums Dasein mit der fortschreitenden Zeit unerträglich und aussichtslos würde.

Die gegenwärtige schwere Krisenercheinung gründet sich aber keineswegs auf die Vermehrung einer Ueberbevölkerung der Erde.

Unsere Kulturvölker drohen im Gegenteil in ihrer Stärke und Kraft zu verfallen. Das schlagende Beispiel dafür sind die zentral-europäischen Völker: Deutschland, Frankreich, England, die Schweiz und Oesterreich. Ihre Bevölkerungsziffer nimmt durch den steten Geburtenrückgang ab. Die Sorge der Volks- und Sozialhygieniker aller dieser Völker ist heute schon klar ausgesprochen worden: Wenn der Geburtenrückgang anhält, verfallen die Völker. Sie scheiden aus der Reihe der Kulturvölker aus.

Eine andere interessante Frage wirft sich auf, mit der zu beschäftigen es sich lohnt:

Was träte wohl ein, wenn es keine Sterblichkeit von Kindern und Jugendlingsgäbe?

Wie läge es aus, wenn Tiere und Menschen erst den Tode anheim stelen, wenn sie sich selbst erst fortgepflanzt hätten?

Die Frage ist nicht neu. Sie hat den Ustmeister der Lebensfragen im tiefsten Sinne, Charles Darwin, auch beschäftigt. Er hat höchst interessante Aufklärungen dazu gemacht. Er sagte: „Es gibt keine Ausnahme von der Regel, wonach jedes Lebewesen sich auf natürlichem Wege so stark vermehren würde, daß die Erde von den Nachkommen eines einzigen Paares bald bedeckt sein würde, wenn es keiner Vermehrung ausgefegt wäre.“

Die geringste Fruchtbarkeit unter den tierischen Lebewesen weist der Elefant auf. Darwin legte seiner Berechnung die Be-

obachtung zugrunde, daß der Elefant erst im 30. Lebensjahre zur Fortpflanzung schreitet und sie nicht später als bis zum 90. Jahre fortsetzt. Im Alter von 100 Jahren ungefähr stirbt der Elefant, und in den 60 Jahren seiner Fortpflanzungsfähigkeit hat er nur sechs Junge gezeugt. Wenn nun alle Nachkommen eines einzigen Elefantenpaares sich fortpflanzten, so würde es nach 750 Jahren 19 Millionen Abkommen von diesem einzigen Paare geben.

Die Kaninchen, deren Fortpflanzungsfähigkeit und rasche Vermehrung uns bekannt ist, und die in Australien dadurch zur Landplage wurden, weil sie sich nach ihrer Einführung ungehindert vermehren konnten, zeigen ein noch viel schnelleres Anwachsen. Rechnet man auf einen Quadratfuß nur zwei Kaninchen, so würden die Nachkommen eines einzigen Kaninchenpaares schon in der zehnten Generation die gesamte Erdoberfläche bedecken.

Würden die Vermehrungsverhältnisse des Stockfisches keine Hemmung durch Vernichtung erfahren, so wäre schon längst keine Schiffahrt mehr möglich. Der Stockfisch laicht vom 3. Lebensjahre ab jährlich 8 bis 9 Millionen Eier, was nach drei Jahren, wenn es keine Störungen gäbe, 40 Milliarden Tiere ergäbe, die die Schiffahrt unmöglich machen würden.

Jedermann kennt wohl das Bilienkraut. Eine Pflanze erzeugt jährlich etwa 10 000 Samen. Würden sie alle sich fortgesetzt zu Pflanzen entwickeln, so gäbe es in fünf Jahren 10 000 Billionen dieser Pflanze, also ein undurchdringliches Dickicht auf der Erde, das 144 Billionen Quadratmeter bedecken würde.

Maupas, ein Gelehrter, hat von einer Infulorienart eine Vermehrungsgeschwindigkeit errechnet, die alle bisherigen Zahlen in den Schatten stellt. Die Tiere vermehren sich durch Teilung, das heißt aus einem Tier entstehen zwei neue Tiere. Das alte spaltet sich gewissermaßen. Die Teilung geht in einer Stunde viermal vor sich. Nach einem Mo-

nat erreicht das Stammtier seine 150. Generation. Würde die Fortpflanzung auf keine Weise gehemmt werden, so wäre die Menge bis in die 150. Generation entstandener Kleinlebewesen — Infulorien kann man nur mit dem Mikroskop bei sehr starker Vergrößerung erkennen — eine Million mal so groß als die Sonne!

Hat es in der Natur diese Dinge noch nicht gegeben, die ja schon bei der Vermehrung eines einzigen Lebewesens die Lebensmöglichkeiten für alle anderen auslösen, so liegt die Gefahr einer Ueberbevölkerung der Erde durch den Menschen erst recht nicht im Bereich der Möglichkeit, zumal seine Vermehrung sich im Rückschritt befindet.

Millionenstädte der Welt

Die „Wossische Zeitung“ veröffentlicht eine interessante Aufstellung über die Millionenstädte der Erde.

Es gibt heute auf der Erde 34 Städte mit über eine Million Einwohner. In Europa allein gibt es zwölf:

London (7,8), Berlin (4,1), Paris (3,1), Moskau (2,1), Wien (1,8), Leningrad (1,6), Budapest (1,2), Glasgow (1,1), Hamburg (1,1), Warschau (1,1), Neapel (1), Birmingham (1). Nordamerika zählt acht Millionenstädte, darunter als erste New York (6,1), Chicago (3,2), Philadelphia (2,1), Detroit (1,4), Los Angeles (1,2) usw.; Südamerika zwei: Buenos Aires (2,1), Rio (1,7).

Asien hat neun Millionenstädte: Osaka (2,2), Tokio (1,5), Schanghai (1,5), Hankau (1,4), Kalkutta (1,3), Bombay (1,2) usw.

In Australien gibt es nur Sydney (1,2) und Melbourne; in Afrika nur Kairo (1,5).

Berlin ist somit nach London und New York die drittgrößte Stadt der Erde.

Die Natur ist unser Jungbrunnen; keine Hygiene, keine Wohlfahrtspflege kann uns das geben, was die Natur uns bietet. Schwächen wir sie, so schwächen wir uns; morden wir sie, so begehen wir Selbstmord. Hermann Wans.

Die Seidenraupe, die Lieferantin des Rohstoffes zu unserem herrlichen Bekleidungsmaterial, spinnt in zwei- bis dreitägiger Arbeit einen Seidenfaden von 1000 bis 3000 Meter Länge, den sie aus ihrem Munde zieht und in Lichterstrahlen kunstvoll um ihren Körper wickelt, bis sie vollständig verpuppt ist. Ihr Faden hat eine Stärke von 4 Hundertstel Millimeter.